

Die Danziger Zeitung erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Ketterhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 16 Sgr. Ausgabe 1 Thlr. 20 Sgr.
Inserate nehmen an: in Berlin: A. Retemeyer, in Leipzig: Eugen
Sart, H. Engler in Hamburg, Haasestein & Vogler, in Frank-
furt a. M. Jäger'sche, in Elbing: Neumann-Hartmann's Buchdruck.

Danziger Zeitung.

Wir ersuchen unsere geehrten Leser, ihr Abonnement pro IV. Quartal 1867 auf die „Danziger Zeitung“

rechtzeitig erneuern zu wollen. Man abonnirt auswärts bei den nächsten Postanstalten, in Danzig in der Exped., Ketterhagergasse No. 4.

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angelommen 1 Uhr Nachmittags.

Florenz, 25. Sept. (W. L. B.) Garibaldi, der gestern an der Grenze verhaftet wurde (vergl. unten Teil. Nachr. Paris), wird zunächst nach Florenz und dann nach der Festung Alessandria gebracht werden. Es ist wahrscheinlich, dass derselbe die Erlaubnis zur Rückkehr nach Caprera erhält, wenn er die Erklärung abgibt, auf seine Pläne verzichten zu wollen. Die Energie des italienischen Ministeriums wird allgemein gebilligt.

(W. L. B.) Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 24. Sept. Der „Abendmoniteur“ enthält eine Depesche aus Florenz, welche meldet, dass Garibaldi in Asinalunga auf Befehl der italienischen Regierung verhaftet ist, und zwar in dem Augenblick, wo er die Grenze passiren wollte.

Paris, 24. Sept. Die „Patrie“ meldet, dass Garibaldi sich in die Berge an der Grenze begeben hat. Demselben Journal zufolge werden in Toulon Vorbereitungen getroffen, um Schiffe bereit zu stellen; man versichert, die Flotte werde alsbald Befehl erhalten, sich an die römische Küste zu begeben; auch sollen bereits alle Anstalten getroffen sein, welche für den Fall einer Einschiffung von Truppen erforderlich sind.

Paris, 23. Sept. Der „Abendmoniteur“ veröffentlicht die Rede, welche der Präsident des gesetzgebenden Körpers bei Eröffnung der Bahnstrecke Chagny-Nevers gehalten hat. Herr Schneider hob die Einheit Frankreichs hervor und sagte: „Frankreich, stolz auf seine Größe, hat Vertrauen in seine Kraft und ist auf keine Nation eifersüchtig. Es hat keinen Eroberungsgeist, aber unvorsichtig wäre derjenige, welcher es wagen sollte, nicht seine Sicherheit, sondern auch nur die berechtigten Empfindlichkeiten seiner nationalen Ehre anzutasten.“ — Gegenüber den Kritiken franz. Journals über die reservirte Haltung der „Patrie“ und des „Constitutionnel“ angefischt des legenden Rundschreibens des Grafen Bismarck, schreibt das erstgenannte Blatt: „Die Regierungen, welche mit Frankreich in Beziehungen stehen, wissen, was sie von der franz. Regierung zugeschriebenen Schwäche und dem behaupteten Mangel an Stolz zu halten haben. Unsere Gegner werden es nicht bewirken, dass die Ereignisse in Frankreich nicht so verfolgt werden, wie es sich gebührt, und dass die Ehre und die Interessen des Landes nicht in den Händen bleiben, welche denselben zu dienen verstanden haben und sie auch in Zukunft zu verteidigen wissen werden.“

Wien, 24. Septbr. Die „Neue freie Presse“ will aus angeblich zuverlässiger Quelle erfahren haben, Quarez mache die Auslieferung der Leiche Maximilians von der Anerkennung der Republik Mexiko durch die europäischen Mächte abhängig.

München, 24. Sept. Die „Bayerische Ztg.“ bestätigt, dass Graf Hegenberg, dem wiederholt der Gesandtschaftsposten in Berlin angeboten sei, aus Gründen persönlicher Natur abgelehnt habe. Im Uebriger sei der Graf mit der auswärtigen Politik der bayerischen Regierung im Wesentlichen vollkommen einverstanden. Hegenberg halte ebenso wie die leitenden Staatsmänner ein Bündniß mit Frankreich, eine Hegemonie Österreichs über Süddeutschland, aber auch den sofortigen und unbedingten Eintritt Bayerns in den Norddeutschen Bund für unzulässig. Das amtliche Blatt schlicht mit dem Wunsche, dass es gelingen möge, die Dienste des so reich begabten Mannes in einer geeigneten Stellung für den bayerischen Staat nutzbar zu machen.

München, 24. Sept. In der Probenummer der „Süddeutsche Presse“ wird im Anschluß an das bereits veröffentlichte Programm letzteres weiter ausgeführt. Es wird ausgesprochen, dass die Gründung eines süddeutschen Bundes nur deshalb wenig Aussicht auf Erfolg habe, weil man die einfachen Wege, auf denen die Errreichung dieses Ziels möglich sei, nicht betrete. Zunächst wäre ein gleichmäßiger Beschluß der süddeutschen Landtage zur unverzüglichlichen Einberufung eines Parlamentes des süddeutschen Bundes, dann ein Entschluß der süddeutschen Kabinette erforderlich, ihre diplomatische Vertretung zu concentriren. Die Ausführung würde von keinerlei äußeren Schwierigkeiten umgeben sein. Der Norddeutsche Bund sei in Wahrheit kein Bund, sondern nur ein unsteriler Einheitsstaat. Es handle sich nicht um einen Anschluß an denselben, sondern um eine Einverlebung und Verschmelzung. Es sei indes nicht zu leugnen, dass die Hoffnung noch nicht ganz geschwunden sei, auf friedlichem Wege eine dem nationalen Geiste und den Bedürfnissen Europas besser entsprechende Gestaltung der Dinge herbeizuführen; dazu sei erforderlich, dass Preußen auf die Unterstützung der russischen Pläne verzichtet und so die Möglichkeit einer Verständigung mit Österreich und Frankreich gegeben wird. Die „Südd. Pr.“ werde die Aufgabe verfolgen, den deutschen Gedanken an Stelle des preußischen zu setzen. Schließlich wird das Verhältnis des neuen Blattes zu der Regierung dargelegt und ausdrücklich erklärt, dass die Regierung an dem Programm keinerlei Untheil gehabt, und dass lediglich das Zusammentreffen des Entstehens der „Süddeutschen Presse“ mit dem Auftreten der „Bayerischen Zeitung“ erster Seiten der Regierung eine Anerksamkeit zugewandt habe, welche vielleicht nicht in diesem Grade verlaufen gewesen wäre, wenn das offizielle Organ fortbestanden hätte. Stellung und Wirkamkeit des aus freier Überzeugung der Regierung befürworteten Organs bleibe durchaus unabhängig.

Frankfurt a. M., 24. Sept. Das „Amtsblatt“ publicirt eine Bekanntmachung des Oberpräsidenten v. Möller, welche ankündigt, dass vom 1. Oct. an die K. Regierung in Wiesbaden in Wirkamkeit tritt und gleichzeitig die K. Administration der Landesregierung und des Finanzcollegiums in

Wiesbaden, ferner das Civilcommissariat und die Landesregierung in Homburg, sowie das Civilcommissariat in Frankfurt aufgehoben werden.

Hannover, 24. Sept. Im Provinzial-Landtage brachte heute v. Bennigsen unter einstimmiger Unterstüzung der Versammlung den Antrag ein, an die Regierung das Ersuchen zu stellen, sie möge den Provinzial-Ablösfonds der Provinz Hannover als Provinzialfonds überweisen. In der Lotterie-Angelegenheit beschloß die Versammlung, die Regierung zu ersuchen, die Ausführung der die Aufhebung der Landes-Lotterien aussprechenden Verordnung hinauszuschieben.

Hamburg, 24. Sept. Der „Hamb. Correspondent“ meldet: Ein Antrag, betreffend die Einsetzung einer gemischten Commission zur Beratung der durch den Anschluß Hamburgs an den Norddeutschen Bund hervorgerufenen wirtschaftlichen und finanziellen Fragen wird von dem Senat der Bürgerschaft in der nächsten Sitzung vorgelegt werden. Der Senat erklärt sich entschieden gegen den Anschluß an den Bollverein im jetzigen Augenblick und will die Stellung Hamburgs als Freihafen für jetzt aufrecht erhalten. In finanzieller Beziehung sei leider die Erwartung, die man auf Grund der Militärconvention hegen durfte, dass die Mehrbelastung nur 2—300,000 R. betragen werde, nicht in Erfüllung gegangen. Sie beträgt vielmehr ca. 640,000 R. Der Senat erachtet zur Deckung dieses Betrages neue Steuern vorläufig nicht am Platze.

Petersburg, 23. Sept. In hiesigen gouvernementalen Kreisen werden die meisten Nachrichten, die im Laufe der letzten Woche mitgetheilt wurden, auf das Bestimmteste für unrichtig erklärt. Dahin gehört zunächst die Mittheilung eines Wiener Journals über die Unterredung des Kaisers mit Fuad-Pascha, ferner die Nachricht von der Berufung des Großfürsten Constantin und des Fürsten Gortschakoff nach Livadia, endlich die Meldung von einer Reise des Großfürsten Michael nach Konstantinopel.

Paris, 24. Sept., Nachm. 1 Uhr. 3% Rente 69,10, Städte-Rente 48,50, Credit mobilier 221,25, Amerikaner 83.

Frankfurt a. M., 24. Sept., Nachm. 1 Uhr. Sehr geschäftslös. Amerikaner 783, Credit-Actien 171½, Steuertreutei 47, 1860er Koote 67½, National-Actien 52½, Staatsbahn 226½, Bayrische Prämien-Actien 97½, Neue Badische Prämien-Actien 94½.

Wien, 24. Sept. Abendblätter. Itali. Credit-Actien 179,60, Nordbahn 170,00, 1860er Koote 82,60, 1864er Koote 73,60, Staatsbahn 235,90, Galizier 212,60, Napoleon'sd'or 9,91.

Norddeutscher Reichstag.

7. Sitzung am 24. September.

Die Tribünen sind gefüllt. Am Tische der Bundescommissionen: Graf Bismarck, v. Friesen, v. Liebe, Delbrück etc. Es sind eingegangen: Seitens der Regierung die Gesetzentwürfe betr. die Kriegsdienstpflicht und die Nationalität der Kaufahrtschiffe (es wird der Druck beider Entwürfe beschlossen), der Bollvertrag (es wird Vorberatung darüber beschlossen), der von Schulze-Delitzsch eingebrachte Gesetzentwurf betr. die Aufhebung des Coalitionsverbots (es wird ebenfalls Vorberatung darüber beschlossen) und der Passauer Gesetzentwurf betr. die Aufhebung der Zinsbeschränkungen (es wird Schlussberatung im Hause beschlossen). — Das Haus tritt darauf in die Adressebatte. Die Referenten Plank und Graf Stolberg haben ihre Adressentwürfe zu Gunsten des neuen vereinbarten Entwurfs (siehe denselben in der Montags-Abendnummer) zurückgezogen. — Vom Abg. Reichenberger ist ein Amendment eingegangen, welches statt des Passus, welcher die Befriedigung über die bisherigen Erfolge einer wahrhaft deutschen Politik ausspricht, nur segnen will „die Befriedigung über die alseitig erfolgte Annahme und Durchführung der nordde. Bundesverfassung.“ — Von der Fraction der Particularisten (Graf Baudissin, v. Münchhausen, Reichenberger, Schleiden etc.) ist der Antrag auf motivirte Tagessordnung eingegangen, da die Chronede keinen Anlaß zu einer Adresse gebe, und eine solche, wenn sie ein vollständiger Ausdruck der nationalen Gefühle sei, nur das Vertrauen in die friedliche Entwicklung der Zukunft schwächen könnte. — Es melden sich zum Wort 13 Redner für die Adresse und 29 gegen dieselbe. Die Verlesung dieser langen Liste erregt große Heiterkeit. — Ref. Plank: Der besondere Anlaß zu der Adresse liege in unserm Verhältnisse zu Süddeutschland. Die jetzige Lage ist nicht haltbar; weder der Norde noch der Süden kann getrennt diejenige Entwicklung finden, nach welcher das deutsche Volk hinträgt. Der Reichstag hat die Pflicht diesen nationalen Gefühlen einen bestimmten und starken Ausdruck zu geben. Ein rechtliches Hinderniß existiert nicht, auch der Art. 4 des Prager Friedens ist es nicht. Die bisherigen Bündnisse und Verträge mit dem Süden genügen nicht. Das gegenwärtige Nebengeschäftsstadium wird immer unerträglicher. Ganz Europa beschäftigt sich fast täglich mit der deutschen Frage, überall herrscht die Besorgniß, dass dieselbe schließlich auf kriegerischem Wege ihre Lösung finden werde. So lange die Lösung nicht da ist, wird auch dieser Druck der Kriegsnachricht nicht aufhören, wird vor Allem die gesunde Fortentwicklung der bürgerlichen und politischen Freiheiten auch bei uns im Norden nicht möglich sein. (Sehr richtig!) Einem solchen Zustande muss ein Ende gemacht werden (Bravo), und ich glaube, dass eine Adresse ein geeigneter Schritt dazu ist. Wir erfüllen damit nur eine Pflicht gegen uns selbst, gegen die Regierung, gegen Süddeutschland, eine Pflicht auch gegen das Ausland. Eine Pflicht gegen uns selbst. Denn eine solche Erklärung wird geeignet sein, die Kraft der nationalen Idee zu stärken, die ja allein die feste und sichere Stütze unserer Bistände ist. Und wenn wir die Regierung fest und sicher ihren Weg gehen sehen, wenn wir in dem neuesten Rundschreiben an die diplomatischen Vertreter im Auslande es ausgesprochen seien, dass Deutschland eine fremde Einmischung nicht ertragen wolle noch werde, dann ist es hohe Zeit, dann ist es unsere Pflicht, zu erklären, dass wir damit einverstanden sind,

dass wir bereit sind, in dieser Richtung jeden Schritt der Regierung zu unterstützen. (Bravo.) Aber nur der freien Entscheidung des Südens soll diese Vereinigung gebaut werden. Noch freilich ist die Stimmung dort eine getheilte; doch bei dem kräftigen Ausdruck, den die badische Thronrede und die Antwort darauf Seitens der Kammer dem nationalen Gefühl gegeben hat, erfordert es die einfachste Rücksicht, ich möchte sagen der Höflichkeit, dass wir darauf antworten, dass wir ohne Bögen die uns entgegengestrecte Hand annehmen. Es gibt auch im Süden große Parteien, gemischt aus particularistischen, aus ultramontanen, aus demokratischen Elementen, die der Einigung widerstreben. Nehmen wir ihnen den Vorwurf, den sie uns machen, dass wir den Eintritt Süddeutschlands in den Norddeutschen Bund gar nicht wollen! Wir haben endlich eine Pflicht gegen das Ausland zu erfüllen. Mit Misgung betrachten einige Parteien in Frankreich die neue Gestaltung der deutschen Verhältnisse: ihre Leidenschaften sind stärker als ihre Vernunft, und Sie wissen, dass die inneren Zustände Frankreichs der Art sind, dass die einzige Alternative für die Zukunft die Freiheit oder der Krieg ist. Der intelligentere Theil des französischen Volkes freilich verschont den Krieg, und wir dürfen hoffen, dass die franz. Regierung diese Ansichten theilt. Aber wohin sich die Waage zwischen diesen beiden Regierungen neigen wird, kann Niemand wissen, und da gebietet es unser nationales Interesse und unsere nationale Ehre, dass wir offen und rücksichtslos den festen Entschluß aussprechen, jede Einmischung von Außen unter allen Umständen zurückzuweisen. (Bravo.) Wir wünschen den Frieden, wir wünschen jeder fremden Nation, dass ihre Rechte unbeeinträchtigt bleibent; aber wir sind entschlossen, auch unser eigene & Recht zu wahren, und wir werden uns darin durch keinen Einfluss des Auslandes irre machen lassen. Wir wollen das große Werk der nationalen Einheit vollenden um jeden Preis! (Lebh. Beifall. Redner empfiehlt aus diesem Grunde die Adresse, gegen deren einzelne Theile man immerhin Einiges auszusetzen haben möge. Auf solche kleinere Ausstellungen komme es nicht an.)

Abg. Siegler: Er betrete die Tribüne mit einer gewissen Besangenheit, weil es immer den Anschein des Unloyalen und Unzufriedenen habe, wenn man auf Königliche Worte keine Antwort findet. Auch wolle er nicht die vorhandenen Spaltungen vermehren, weil er sein Vaterland zu sehr liebt, als dass er dem Auslande Gelegenheit bieten sollte, aus solchen Spaltungen Speculationen auf unsere Schwäche zu machen. (Bravo.) (Redner wendet sich nun zu den Bedenken — materiellen und formellen —, die ihn und seine Freunde zwingen, gegen die Adresse zu stimmen. Er sagt:) In einem monarchischen Staat ist die nothwendige Voraussetzung solcher Adresse ein Souverain, der mit alleiniger Selbstbestimmung auf die Anträge der Volksvertreter zu beschließen hat. Das ist ja aber hier nicht der Fall. Unser König ist ja nur Bundespräsident, oder, wie der Bundeskanzler einmal sagte, primus inter pares. Wenden wir uns daher an ihn allein, so flieht von unserer Adresse an die übrigen Bundesfürsten immer etwas über. Nun habe ich aber gar keine Lust, zu den gebrochenen Bundesfürsten in irgend eine Communication zu treten, wenn ich auch den Dank nicht abwagen und nicht untersuchen will, wer von ihnen invita Minerva die Einheit gefördert hat. Sodann fehlt eine zweite Voraussetzung, nämlich ein verantwortliches Ministerium, über das hinweg eine Bundesvertretung sich an den Thron richtet. (Sehr richtig.) Ja, wir haben nicht einmal einen Minister der ausw. Ang., sowie uns auch kein Etat des ausw. Ministeriums vorgelegt ist. Es ist ja ganz etwas Zusätzliches, dass der hr. Bundeskanzler jene Funktion in Preußen bekleidet. So, m. H., stehen Sie erstaunt vor Ihrem eigenen Werke, der Bundesverfassung, und wundern sich über die Spuren der harten Hammerschläge, mit denen es eilig gemacht ist, weil etwas zu Stande kommen musste. Ihrem Herzensbedürfnis nach wollen Sie nun gern über die ausw. Angelegenheiten Ihre Stimme erheben, um uns eine höhere Position zu geben. Nun, m. H., wir haben in früheren Jahren, wenn wir über ausw. Ang. mitgesprochen, wenig Glück gehabt, noch weniger einen Einfluss auf die Regierung. Wie sollen wir jetzt mit einem Mal Einfluss üben? Und wer im Auslande soll uns denn Gewalt genug zutrauen, um auf die Regierung bestimmd oder auch nur helfend zu wirken? Glauben Sie mir, Sie stellen ein gefährliches Präcedenz hin, wenn Sie sich an die Bundesfürsten bei dieser Gelegenheit wenden. Materiell kann ich eben so wenig für eine Adresse sein. Sie wollen den Süddeutschen Ihre Bereitwilligkeit zeigen, sie zu uns herüber zu ziehen. Hoffen Sie auf die Fürsten? Ganz Europa weiß ja, dass sie gern im alten Bundestage fortgelebt hätten. Und die Völker? Nun, es ist wahr, dass im Süden einige patriotische Männer den Anschluß an Norddeutschland wünschen. Aber das Gros der Völker? Der Kaiser Napoleon soll gesagt haben: die Völker lassen sich nicht mehr regieren, wenn sie nicht ihre Rechnung bei der Sache finden. So denken auch die süddeutschen Völker und so rechnen sie darauf, dass wir in die Gemeinschaft ein größeres Maß der Freiheit bringen, als sie schon bestehen. Ist das der Fall? Ich bin weit entfernt, dies hier aufzuzählen und an die Wunden des Vaterlandes zu röhren. Aber in dem Adressentwurfe finde ich nichts als den lämmlichen Satz, es sei Sache des Reichstages, die vorhandene Grundlage im Sinne bürgerlicher Freiheit und volkswirtschaftlicher Wohlfahrt auszubauen. Schon deßhalb kann meine Partei nicht für die Adresse stimmen. Und nun zum Schluss die Frage: ist denn Ihre Adresse an der Zeit? Seit langen Jahren haben wir theils Krieg, theils Rüstungen, und im letzten Jahre wurden wir von einer Handelskrise, der Cholera und dem Kriege heimgesucht. Die Geschäfte liegen darüber, Hypotheken nicht zu schaffen, Course gefallen, Landgüter ausgeboten, Amerika überführt, die Arbeit stockt. Und was sagt der Bürger? „Lasset uns doch Zeit, die Lücken in

unserm Vermögen auszufüllen, laßt uns arbeiten, das Vertrauen sich festigen, unsere Kinder erziehen und versorgen.“ Und eben während sie aufzuhören, kommen Sie mit Ihrer Adresse, die auf die Börse von Paris wirken, auf Wien und Berlin zurückzuschlagen und so wieder die Ruhe in Frage stellen wird. Wollen Sie etwa dem Minister des Auswärtigen Mut machen? (Heiterkeit.) Ich habe viel Vorwürfe gegen ihn gehört, Vorwürfe, die zum Theil mit Selbstüberwindung späterhin abgegeben worden sind. Aber den Vorwurf der Mutlosigkeit habe ich nie gehört. (Heiterkeit, an der der Bundeskanzler teilnimmt.) Im Gegenheil habe ich mich gefreut, daß der Hr. Minister in der Luxemburger Affäre sich selbst beschränken konnte, was der wahre Staatsmann können muß, und ich verehre deshalb die Curie, weil sie auch ein Actenstück schreiben kann: „reproductuator nach 50 Jahren.“ Wozu denn nun diese Unruhe? Ich erinnere mich, daß kurz nach dem Ausmarsch unserer Truppen nach Böhmen mich ein Franzose besuchte. Über nichts war der Mann so erstaunt, als über die Ruhe in Berlin. Jeder ging ruhig an seine Arbeit, selbst an öffentlichen Orten sprach man wenig über die Sache. Und mit französischer Lebhaftigkeit rief er aus: „Seid ihr denn, wie einst der römische Senat, ein Volk von Königen?“ Und, m. H., ist denn unsere jetzige Position nicht viel sicherer? Hat nicht unser Heer die Feuerprobe ausgehalten? Ist nicht unser Schatz gefüllt? Sind nicht reiche Mittel zur Ausbesserung der Kriegsfolgen bewilligt? Ist nicht unser Heer bis zu jedem Knopf und jeder Schnalle gerüstet? In solcher Lage ist es würdevoller, mit übereinander geschlagenen Armen ruhig dren zu stehen, als unruhig mit den Armen zu fechten. Ihnen allen ist bekannt, daß das Ansehen des Staates ganz correlat ist mit den Coursen seiner Staatspapiere. Diese hängen ab vom Credit, letzterer von der Arbeit des Volkes. Lassen Sie uns also arbeiten, sparen, Werthe schaffen! Das sei die einzige, legale, nachhaltige Rüstung. Ich bitte Sie, von Ihrer Adresse abzustehen. Es sind Viele unter Ihnen, die sie nicht beantragt hätten. Aber sie ist einmal da, und so wird es Ihnen schwer zurückzutreten. Die Welt weiß, daß wir nicht aggressiv sind, daß es aber gefährlich ist, uns in unserem Rechte zu nahe zu treten. Haben wir Vertrauen zu unseren Zuständen und drücken wir das aus durch das, was Sie an der förmgl. Rede hervorhoben, durch ein „beredtes Schweigen!“ (Lebh. Beifall)

Abg. Aegidi giebt zu, daß viele Gründe gegen eine Adresse sprächen, nachdem sie aber von der national-liberalen Partei eingebracht, müsse man schon aus Rücksicht auf die stets bewiesene nationale Haltung derselben ihre Gültde erwägen. Dieselben seien nicht unberechtigt. Gerade ein Wort des ersten Reichstages kanu die wohlthätigste Wirkung auf den Frieden haben, unter der Voraussetzung, daß sich in dem Ausdruck derselben alle Fractionen, die die Regierung nach außen unterstützen, vereinigen. Aufsuche Politik zu treiben, ist freilich nicht unsere Aufgabe, wohl aber die öffentliche Meinung zum Ausdruck zu bringen. Für das Verhältnis zu Süddeutschland halte ich es von Wichtigkeit, daß unser Wort der Ausdruck des Hauses von der äußersten Rechten bis tief in die Linke hinein ist; es gibt den Süddeutschen den Beweis, daß sie mit offenen Armen empfangen werden, wenn sie zu uns kommen wollen; wenn sie nicht wollen, dann dürfen wir ebenfalls eine Präsentation auf sie ausüben, wie die preuß. Regierung dies gethan hat, obwohl sie in der Klärung des Hollvereins die beste Waffe in den Händen hatte. Einsichtlich der Deduction, daß durch den Prager Frieden in dem Main eine ewige Scheidelnie zwischen Nord und Süddeutschland durchaus nicht gegeben sei, schließe ich mich, als Lehrer des Staatsrechts, den Aussführungen des Abg. Blank an. Wir wollen durch unsere Adresse dem französischen Volk sagen, daß es als Zuschauer des vorjährigen Schauspiels nicht — wie es im Alterthum geschah — noch ein Honorar beanspruchen kann. Wenn sich Nachbarvölker gegen uns verbünden und zum Kriege herausfordern, so ist dies nur ein Zeichen ihres Bankerotts und für uns kein Gegenstand der Besorgniß. Das französische Volk sollte durch das Gefühl der eigenen Würde abgehalten werden, sich zu den Nationen zu zählen, die Andere für sich arbeiten und sich selbst die Nügel wachsen lassen; sollte es uns bedrohen, so werden wir diese Nügel zu beschneiden wissen und es in den Stand setzen, an dem Ausbau seines eigenen Innern zu arbeiten.

Abg. Günther (Sachsen) ist für motivierte Tagesordnung und findet weder in den äußern Ereignissen, noch in der Thronrede einen Anlaß zur Adresse. Er stehe zwar auf dem Boden der Bundesverfassung, aber er habe keine solche Sympathie für dieselbe, wie die Adresse. Süddeutschland werde man nur durch Herstellung eines wahrhaft constitutionellen Bundesstaates gewinnen. Die Fassung der Adresse könnte ferner als Provocation dem Auslande gegenüber aufgefaßt werden und auf die Börse, wie auf Handel und Verkehr den nachtheiligsten Einfluß ausüben. Sobald die Mainlinie überschritten ist, wollen wir im Namen der ganzen deutschen Nation eine Adresse beschließen, welche lautet soll:

„Ein Volk, Ein Reich, Ein Wappen;

„Helf' uns Gott, so soll es klappen!“

Abg. Dr. Braun (Wiesbaden): Der letzte Redner hat geltend gemacht, daß durch die Adresse von Neuem schmerzhafte Gefühle erregt und Leidenschaften geweckt würden. M. H.! Dadurch, daß man jemandem die Bruderhand reicht, kann nur derjenige gereizt werden, der nach Erinnerung des Krieges lebt. Der Abg. Biegler hat die Bundesverfassung gewissermaßen als nur aus Mängeln zusammengesetzt dargestellt, wie einen Mantel aus Löchern. Von diesem Standpunkte aus kann er allerdings für unsern Entwurf nicht stimmen. Diese Vorwürfe gegen den bestehenden Zustand haben sich übrigens schon bedeutend gebessert; es ist heute ein überwundener Standpunkt, dem entschlafenes Bundesstage eine Thräne nachzuweinen, um so mehr, als sich die Früchte der neuen Verhältnisse bereits zu zeigen beginnen. Sollteinigung ohne Beteiligung und mit Volksvertretung, Einheit des Heeres, welches die Wahrscheinlichkeit des Sieges für sich hat, Freizügigkeit, Einheit von Tasch, Münze und Gewicht, Abschaffung des Pakunwesens, Sicherheit der Kaufteileitsschiffen etc. Würde ein einziger der erwähnten Vortheile unter dem Bundesstage erreicht worden sein, bei welchem schon die Neigung zur Thätigkeit ein Mitglied in den Verdacht eines unruhigen Kopfes zu bringen vermochte? Das Bedenken, daß wir durch unsere Erklärung, uns einheitlich constituirten zu wollen, das Ausland provociren könnten, darf uns nicht bestimmen; sollen wir, die wir uns bei allen inneren Kämpfen Englands, Frankreichs, Spaniens, jeder Intervention enthalten haben, nicht einmal sagen dürfen, daß wir uns einigen wollen? Darf ich meinem Nächsten verbieten, seine geslichtete brüste Jacke mit einer neuen zu vertauschen, weil ich selbst einen ganzen Rock anhabe? Wir haben mit Österreich Frieden geschlossen und Österreich wird — das

hoffe ich — denselben halten, um sich mit uns zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens zu verbinden. Nicht anerkennen kann ich den Einwurf, daß wir uns einer Erklärung über die äußere Politik enthalten sollten, da man doch nicht auf uns hören würde, und wir bisher wenig Glück damit gehabt hätten. Es ist dies die Lehre vom passiven Widerstande, mit dem man doch genug böse Erfahrungen gemacht hat, um denselben endlich aufzugeben. Man sagt uns endlich: Was wollt Ihr mit Eurer Anrede an die süddeutschen Fürsten und Völker, die doch nicht die Absicht haben, sich Euch anzuschließen? Ob alle süddeutschen Dynastien so denken, weiß ich nicht; einen kenne ich nur so weit, daß er seinem von uns an nationalem Gefühl nachsteht; jedenfalls giebt es eine stärkere Macht, welche hinter dem Fürsten steht; der kategorische Imperativ der Nation. Wie man von süddeutschen Völkern sprechen kann, verstehe ich nicht, da alle süddeutschen Staaten eben nur ein Volk bilden, und nicht einmal nach Stämmen abgetheilt sind. Der Abg. Günther hat uns erklärt, wir müßten viel mehr constitutionelle Freiheiten bieten, um die andere Hälfte Deutschlands zum Anschluß zu bewegen; ich versichere Ihnen, daß kein süddeutscher Staat so große verfassungsmäßige Rechte besitzt, wie sie die Bundesverfassung uns Norddeutschen gewährt. Schließlich hat man uns gesagt: „Still, hört die Börse nicht.“ Ich bin erstaunt, gerade von dieser Seite (links) den Wahlspruch zu hören: „Ruhe ist die erste Bürgerschicht.“ Wir wollen an unsere friedliche Arbeit, an den Ausbau der Verfassung gehen, und sprechen nur durch die Adresse dem Auslande aus: „noli turbare circulos meos.“ Dies ist der Standpunkt, von dem aus ich Ihnen die Annahme der Adresse empfehle, den der Dichter ausspricht in den Worten:

„Dies ist unser, so lasset uns sagen und uns behaupten,

„Denn es werden noch stets die entschlossenen Völker gepriesen.“

Abg. Dr. Schaffrath ist gegen die Adresse, weil kein Anlaß dazu vorhanden sei. In dem Bundesheer und in der möglichst einstimmigen Bewilligung des Staats liege eine wirksamere Ansprache an das Ausland als in der Adresse. Durch eine solche Provokation werde das Vertrauen der Geschäftswelt nicht gestärkt, sondern Handel und Verkehr gelähmt. Außerdem aber sei er gar nicht befriedigt über den jetzigen unfertigen Zustand. Die Nation ist unzufrieden über die großen Kosten der errungenen Erfolge, die bisher eigentlich der einzige errungene Erfolg der deutschen Politik sind (Unruhe rechts); das Volk ist nicht zufrieden mit den Mitteln und Wegen, auf dem die Erfolge errungen sind; es mißbilligt sie ebenso, wie die Geschichte später diese Mittel und Wege verurtheilen wird (Unruhe rechts). Ja w. H. Dank der von Ihnen angenommenen Bundesverfassung; Sie haben hier nur mit materiellen Gütern zu thun, mit den Grundrechten des Magens, wie uns damals fast höhnisch zugesprochen wurde. In der Bundesverfassung steht wohl etwas von Getreide, von Holz, von Kartoffeln, von Düngungsmitteln, von der Beliebung der Armee, von den Grundfarben der Röcke (Ruf: sehr gut!), nichts aber von der Pflege der geistigen und sittlichen Güter. — Aus allen diesen Gründen rathe ich, den Adressentwurf abzulehnen.

Ein Antrag auf Schluß der Generaldebatte wird angenommen. — Correferent Graf Stolberg-Wernigerode: Einen Gedanken möchte ich nur noch hervorheben, weshalb ich einen ganz besondern Werth darauf lege, daß die Adresse angenommen werde, nämlich weil bei den Verhandlungen über dieselbe die alten Parteistellungen vergessen worden sind, weil die Herren von der nationalen Partei uns dabei die Hand gereicht haben, so daß wir hoffentlich nicht wieder auseinander kommen werden, damit das engere und weitere deutsche Vaterland erkenne, daß eine große Majorität im Hause feststeht und einmütig zusammengeht. Wir wissen alle, daß die Bundesregierungen Alles machen werden, was gemacht werden kann. (Heiterkeit.) Deutschland soll aber auch wissen, daß hier im Reichstage eine Majorität besteht, die den Bundesregierungen bei ihrem schweren Amte zur Seite steht. Nehmen Sie die Adresse an und die Unterschriften werden zeigen, daß wir das Ja und Amen darauf gedrückt haben.

Bei Al. I. empfiehlt Abg. Reichenberger sein Amendingement. Der betr. Passus des Adressentwurfs sei unrichtig, überflüssig und schädlich. Man möge durch die Erwähnung der Ereignisse von 1866 nicht wieder alte Wunden aufrütteln. — Abg. Kantak: Ich und meine Landsleute sind nicht in der Lage, den Dank der deutschen Nation für eine wahre deutsche Politik darzulegen. Schon im konstituierenden Reichstag haben wir Protest dagegen erhoben, daß wir Polen in den Nordb. Bund mit einverleibt würden. Die Einverleibung ist thatsfäclich vollführt; wir haben damals unser Mandat niedergelegt; durch unsere Wiederwahl haben unsere Wähler ihre Übereinstimmung mit unserm Verhalten ausgesprochen; und wir stehen heute noch auf demselben Boden, wie im konstituierenden Reichstag. Als Abgeordnete der polnischen Bewohner legen wir Protest ein gegen den Nordb. Bund, nicht gegen ihn als staatliche Bildung, sondern als nationale Einheit. Und wenn wir trotzdem hier wieder Platz genommen haben, so geschah es nur, um kein Mittel unversucht zu lassen, um auf gesetzlichem Wege das Recht, den Wunsch und Willen der polnischen Bevölkerung zur Geltung zu bringen und ihre Interessen zu wahren. (Redner erklärt, daß die Polen gegen diesen Passus der Adresse und gegen die ganze Adresse stimmen würden.)

Abg. Bebel ist der Meinung, daß die deutsche Politik, die man hier so sehr anhebt, keine so rühmens- und lobenswerthe ist. Ich muß mich — sagt er — überhaupt dagegen verwahren, daß der Reichstag im Namen der Nation sprechen will. (Unruhe rechts. Glocke des Präsidenten, der den Redner unterbricht mit der Bemerkung, daß es allerdings kein anderes Organ gebe, welches die Nation in dem Maße zu vertreten berechtigt wäre, wie der Reichstag.) Abg. Bebel antwortet darauf, daß er nur gemeint habe, der Norddeutsche Reichstag vertritt nur einen Theil der Nation. Wenn man in der Adresse so sehr die Vortheile und Erfolge des Norddeutschen Bundes hervorhebt, hätte man auch der Nachtheile und Verluste mit ein paar Worten gedenken sollen. Und da wäre zunächst zu bellagen gewesen der Verlust von Luxemburg für Deutschland. Der zweite Verlust steht noch in Aussicht, der Verlust der Grenzmarken von Deutschland, der nordschleswigsa. Distrikte. Ich kann mich deshalb mit der Adresse, die in so wahrheitswidriger Weise Alles verherrlicht, nicht einverstanden erklären.

Bundeskanzler Gr. Bismarck: Ich nehme nur das Wort, um einem weitverbreiteten Irrthum entgegenzutreten, als ob Luxemburg losgerissen wäre von Deutschland seit Gründung der Norddeutschen Verfassung. Das ist nicht richtig. Luxemburg befindet sich noch ganz in derselben Situation wie vorher; es hat noch dieselbe Verfassung, dieselbe Dynastie wie früher. Nur das Garrisonrecht, das der König von Preußen

in Luxemburg hatte, ist jetzt aufgegeben. Es ist aber nicht wahr, daß Luxemburg nun von Deutschland losgerissen sei oder eine gelehrte Stellung erteilt einnehme, als nach Zerfall des deutschen Bundes. Wenn der Hr. Voirendner nun das Verlangen ausgesprochen hat, daß wir wegen der Luxemburger Frage einen Krieg hätten aufzunehmen, so sieht er mit seiner Ansicht ziemlich isolirt da, und befindet sich durchaus im Widerspruch mit einem andern Voirendner, der die Adresse deshalb bekämpft hat, weil sie die Sicherheit des Friedens beeinträchtigen könnte. Er wünscht einen Krieg geführt für einen geringeren Gegenstand als der ist, welcher durch die Adresse gehobt werden soll. Er wolle die Nation in einen Krieg gestürzt sehen um eines Garrisonrechts willen, das wir nicht einmal als zweifelloses Recht ansehen könnten; ein Recht, das erloschen war mit Auflösung des Bundes und das gegen den Willen des Souveräns nicht fortgeführt werden konnte. Wenn wir es deshalb vermieden, die Frage bis auf das Neueste zu treiben, so verdient der König von Preußen noch den Dank der deutschen Nation, daß er der naheliegenden Versuchung, sein siegreiches Heer zu neuen Triumphen aufzurufen, widerstanden hat. Die deutschen Fürsten haben die Gewohnheit, ihre Heere selbst in den Krieg zu führen und zu leiten. Sie kennen die Gefahren und Leiden des Krieges und sehen in das brennende Auge des sterbenden Kriegers; das würden sie aber nicht mit ruhigem Gewissen thun können, wenn sie sich sagen müchten, daß der Krieg mit Ehren zu verneinen gewesen wäre. Diese rätherlich monarchische Regung war es denn auch, welche den König von Preußen bewog, der Luxemburger Frage wegen, wodurch nicht unsere Unabhängigkeit bedroht und kein zweifelloses Recht aufgegeben wurde, nicht Tausende von Menschen auf dem Schlachtfelde zu opfern; diese Verantwortung, welche vielleicht der Hr. Nebner und seine Gesinnungsgenossen tragen zu können meinen, glaubte er nicht übernehmen zu können. Dazu kommt, daß ein vollständiger Erfolg für den Verlust der strategisch wenig nutzenden Festung durch die Neutralisierung des Gebiets und die hierfür gegebene Garantie, die trotz aller Deutelien doch von Werth ist, gewährt worden ist.

Abg. Försterling entwickelt in längerer Ausführung, die mehrere Etage aus den Schriften Lassalle's enthält, den Standpunkt der Lassalleaner, deren einziger Vertreter er sei. Er wünscht die gänzliche Beseitigung jeder Conföderation; die Vereinigung aller deutschen Stämme zu einer Staatsseinheit. Durch Einheit zur Freiheit müsse man gelangen. Redner wird in seinen Aussprüchen durch große Unruhe des Hauses, mehrfache Rufe: zur Sache und wiederholte Ermahnung des Präsidenten, sich an Al. I zu halten, unterbrochen. — Gegen Al. II spricht Abg. Schreck, ist aber bei der Unruhe des Hauses nicht verständlich. — Gegen Al. III spricht Abg. Mammen: Es ist nicht zweckmäßig, bloß durch Phrasen eine Vereinigung mit Süddeutschland anzustreben. Man möge lieber etwas tun und nachholen, was man im Frühjahr verfügt, indem man die Verfassung in freiheitlicher Richtung ausbaue. Die Grundrechte möge man in die Verfassung einfügen; dann werde man die Sympathien der Süddeutschen wiedergewinnen, das sei ein besseres Mittel der Einigung, als eine solche Adresse.

Bundeskanzler Graf Bismarck: Ich habe bei der allgemeinen Discussion nicht das Wort ergriffen, weil es für den Vertreter der Regierung eine delicate Sache ist, sich über eine Adresse auszusprechen, die die ungeirrte öffentliche Meinung der Regierung vorführen soll. Ich will aber hier nur mit ein paar Worten die Stellung der Regierung hierzu kennzeichnen, um Mitverständnis vorzubeugen. Wir sehen in der Adresse die Befürchtung, welche der Reichstag dem Süden, dem Auslande und den Bundesregierungen gegenüber abgibt, daß die Regierungen in der Weiterverfolgung ihrer deutschen Politik auf ihr rechnen können. Aber wir fassen die Adresse nicht so auf, als ob der Reichstag die Regierungen zu rascher Action drängen wolle, als die Sache es erfordert, als ob dadurch ihr Handeln mehr beschleunigt werden solle, als sorgfältige Erwägungen es gebieten. Wir unsererseits glauben, daß jeder derartige Druck nicht völlig sei, und wir würden uns dadurch vom Standpunkte der ruhigen Erwägungen nicht abbringen lassen. Ich führe das an zur Verhüting einiger Redner, die eine gewisse Besorgniß aussprachen, daß die Feststellung einer Adresse nachtheilig auf den öffentlichen Glauben an den Frieden wirke. Aber wir sind auch überzeugt, daß wenn die deutsche Nation, Süden und Norden, die Einheit wollen, keine deutsche Regierung, kein deutscher Staatsmann stark genug, kein deutscher Staatsmann mutig, oder, ich möchte vielmehr sagen, kleinmuthig genug sein wird, um dies hindern zu wollen. (Beifall.) Für diese Position nochmals Begegnung abzulösen, bewog mich die Befürchtung, daß die Stellung der Regierung zu der Adresse bei vollständigem Schweigen der Bundesregierungen missverstanden werden könnte. Die Adresse wird nicht wollen, daß wir die conservative Haltung, die wir dem Süden gegenüber bewahrt haben, verlassen, daß wir suchen möchten, einen Druck auf diejenigen Factoren im Süden auszuüben, welche eine gewisse Späßigkeit gegen Annäherung erzielen, einen Druck, der meines Erachtens nur das Gegenheil erreichen würde. (Bravo.)

Abg. Frhr. v. Rabenau betont die Nothwendigkeit eines baldigen Abschlusses der süddeutschen Staaten und bellagt, daß der in der 2. hessischen Kammer den Anschluß Hessens betr. Antrag von der ersten abgelehnt sei in Folge der Erklärung des großh. Ministers v. Dalwigk, daß Hessens Anschluß aus Rücksicht für Preußen, dem dadurch Verlegenheiten bereitet würden, noch unterbleiben müsse. Die Vereinigung des Südens mit dem Norden sei aber nothwendig; möge sie bald geschehen, wenn auch der Main uns zum Rubikon werden sollte. — Bundeskanzler Graf Bismarck: Die eben citirte Neuherung des großh. hessischen Staatsministers ist mir damals entgangen, sonst würde ich auf diplomatischem Wege diese irrite Ansicht berichtig haben. Ich kann versichern, daß die 1. Regierung der großh. zu dieser Neuherung mit seinem Worte Veranlassung gegeben hat. Wäre der gewünschte Schritt damals erfolgt, so wären dadurch nicht für Preußen Verlegenheiten entstanden, sondern höchstens für die übrigen süddeutschen Regierungen, deren Stellung durch diesen Vorgang erschwert worden wäre. Der Hr. Abg. Aegidi hat dies vorher mit G. schick und Sachkenntniß ausgeführt. Ich erkläre nochmals, daß ich die Neuherung des großh. Ministers in der 1. hessischen Kammer als begründet und zutreffend nicht ansiehen kann. — Abg. Dr. Braun beweist in Betreff der Grundrechte, daß ihre Einführung nirgends in der Welt so fanatischen Widerstand gefunden habe, wie gerade in Bayern. (Heiterkeit.)

Zu Al. VI. fühlt Abg. Hähnel (Kiel) sich verpflichtet, die Frage No dschleswigs hinzuziehen, die nicht als Bagatelle übergangen werden dürfe. Von der Abtretung war erst nach dem Wiener Frieden plötzlich die Rede, als einem Preis für die Annexion gleichzeitig mit der Mission des Fürsten

